

Terroranschläge in Tadschikistan

PRESSESCHAU AUS DER REGION

Auch fast zwei Wochen nach einem Terroranschlag in Tadschikistan, gibt es aus dem zentralasiatischen Staat nur wenig Aufklärung über die Hintergründe. In der nordtadschikischen Stadt Chodschent hat es am 3. September offenbar einen Selbstmordanschlag auf eine Polizeistation gegeben, infolge dessen bisher zwei Menschen starben und ca. 25 verletzt wurden.

Weitgehend klar ist, dass der oder die Täter ein mit Sprengstoff beladenes Auto auf das Polizeigelände lenkten und dort zur Detonation brachten. Die betroffene Polizeistation war offenbar für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens zuständig. Nur zwei Tage später, am 5. September, soll es in der Hauptstadt Duschanbe eine Bombenexplosion in einem Nachtclub gegeben haben, bei der mindestens vier Menschen verletzt worden sein sollen. Die Informationslage zu den Ereignissen ist allerdings dürftig, die tadschikischen Behörden halten sich bedeckt. Nur einige russische und zentralasiatische Internetzeitungen haben bisher Artikel über den Anschlag veröffentlicht. So vermutete beispielsweise die russische Ausgabe des „News Service Voice of America“ eine eventuelle Verbindung der beiden Vorfälle miteinander, auch wenn die tadschikischen Behörden sich dazu bis jetzt nicht ausführlich geäußert haben. Auch ein Zusammenhang des Chodschenter Anschlags mit dem Ausbruch von 25 mutmaßlichen Islamisten aus einem Hochsicherheitsgefängnis in Duschanbe am 23. August wird in Betracht gezogen. Das tadschikische Innenministerium hat den Verdacht geäußert, dass die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) hinter dem Anschlag stecke.

Die Internetseite „CA-News“ berichtete indes, eine bisher unbekannt, in Tadschikistan beheimatete Terrorgruppe namens „Jamaat Ansarullah“ habe sich zu dem Anschlag in Chodschent bekannt. Die Aktion sei „eine Rache für die Ermordungen und die Demütigungen der muslimischen Brüder in der ganzen Welt“, soll die Gruppe in ihrem Bekennerschreiben an die Redaktion der Website „Echo des Kaukasus“ geschrieben haben. Die Terroristen sollen außerdem behauptet haben, dass mindestens 50 Menschen bei dem Anschlag verletzt worden seien.

Ein Artikel der News-Seite „Centrasia.ru“ weiß detaillierter über den Ablauf des Anschlags zu berichten: Ein Wolga vom Typ GAZ-24 habe das Tor des Polizeigeländes durchbrochen, sei dort in ein Dienstfahrzeug gerast und sofort explodiert. Die Anzahl der Todesopfer beträgt laut dieser Quelle vier. Außerdem wird hier der Umgang der Behörden mit dem Vorfall kritisiert: Am Ort des Geschehens eingetroffene Journalisten seien für mehrere Stunden festgehalten, sämtliches Ton- und Bildmaterial beschlagnahmt worden. Die Behörden täten alles, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzulenken. Die Veröffentlichung von Informationen, die nicht vom Staat herausgegeben wurden, sei verboten. Dass die IBU bzw. Al-Kaida offiziell des Anschlags verdächtigt werden, sei typisch für das moderne Tadschikistan: Alle negativen Ereignisse im Land würden ausländischen Terroristen in die Schuhe geschoben, der tadschikische Staat entledige sich so der Verantwortung für viele hausgemachte Missstände. Die russische Webseite „Wremija Nowostej“ vermutet hinter den Anschlägen die unterdrückte

18. September 2010

www.kas.de/zentralasien

www.kas.de

tadschikische Opposition. Die Gegner der heutigen Regierung, die schon im tadschikischen Bürgerkrieg in den 90er Jahren gekämpft haben, brachten so ihre Solidarität für die Gefängnisflüchtlinge zum Ausdruck - unter denen sich auch Oppositionelle ohne terroristische Verbindungen befinden sollen.

Auch die Internetzeitung „Eurasianet.org“ berichtet von Repressionen der Behörden gegenüber Journalisten und dass von offizieller Seite sofort reflexartig die IBU verdächtigt würde. Letzteres rühre auch daher, dass unter den flüchtigen Gefängnisausbrechern tatsächlich Extremisten mit Verbindungen zur IBU seien. Dennoch sei die Tendenz der Regierung, stets alles auf die Islamisten zu schieben, selbstgerecht. Eurasianet stellt ebenfalls eine Verbindung zwischen der IBU (die nach dem Verbot in Usbekistan in den neunziger Jahren in Tadschikistan Zuflucht gefunden habe) und der hauptsächlich islamischen Opposition in Tadschikistan, die schon im Bürgerkrieg zusammen gearbeitet hätten, her. Unter Berücksichtigung der Explosion in einem Nachtclub in Duschanbe wirft die Website sogar die Frage auf: „Brechen Tadschikistans Sicherheitsmechanismen zusammen?“ Sie gibt zu bedenken, dass für alle drei Vorkommnisse nicht, wie von den Behörden behauptet, die IBU oder Al-Kaida verantwortlich sein müssen, sondern auch der tadschikische Staat Fehler gemacht haben könnte, besonders in Bezug auf den Gefängnisausbruch vom 23. August.

Schon seit einiger Zeit wird darüber geklagt, dass Präsident Rachmon vorzugsweise Personen aus seinem Heimatbezirk in den Staatsdienst hole und persönliche Loyalität und Clanpolitik die Einstellungskriterien seien. Das habe dazu geführt, dass im Rechts- und Polizeiapparat zunehmende Inkompetenz herrsche und wichtige Positionen mit fachlich völlig ungeeigneten Personalien besetzt würden. Im Rechtsapparat herrsche außerdem Willkür, immer öfter würden Oppositionelle und Rachmon nicht genehme Personen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, während Korruption und Vetternwirtschaft bei den Günstlingen der Regierung weitgehend ungestraft blieben. So gebe es unter den Gefängnisausbrechern, entgegen

der Behauptung der Regierung, auch Personen aus der politischen Opposition und deren Verwandte, nicht nur Islamisten.

Die Website „Centralasiaonline.com“ berichtet von einer weiteren staatlichen Theorie, wer hinter dem Selbstmordanschlag von Chodschent gesteckt haben könnte: Ein Sprecher des Innenministeriums habe gesagt, der Anschlag habe den laufenden Ermittlungen im Fall der Ermordung eines Mafia-Bosses gegolten. Der oder die Attentäter seien an dessen Erschießung beteiligt gewesen und wollten nun die Ermittlungen sabotieren. Sie hätten aber vermutlich auch Verbindungen zu religiösen Extremisten gehabt. Alles in allem lässt sich sagen, dass es kaum verlässliche Informationen zu den Ereignissen in Tadschikistan gibt. Die verschiedenen Quellen sind sich jedoch offenbar darin einig, dass die von den tadschikischen Behörden veröffentlichten Informationen nur eingeschränkt vertrauenswürdig sind. Bisher gab es in Zentralasien kaum Selbstmordanschläge, da islamistische Terroristen hier aufs Schärfste verfolgt werden. So hat zum Beispiel Usbekistan seine Grenze zu Afghanistan extrem gut gesichert und konnte auch islamistische Tendenzen der eigenen Bevölkerung bisher erfolgreich unterbinden. Sollten die Vorfälle in Tadschikistan tatsächlich auf das Konto von Islamisten gehen, gleich, aus welchem Land sie kommen, wäre ein rasches Handeln des tadschikischen Staates nötig, um derartige Tendenzen von Anfang an einzudämmen.